

„Kein Sprachrohr der Politik“

SWP-Direktor Volker Perthes über seriöse Politikberatung

p&k: Herr Professor Perthes, wie wichtig ist wissenschaftliche Politikberatung mittlerweile geworden?

Volker Perthes: Aus meiner Sicht hat die politische Bereitschaft zu einer Auseinandersetzung mit wissenschaftlichen Beratern zugenommen. Das hat damit zu tun, wie sich Beratung mittlerweile aufstellt. Politiker suchen nicht den Kontakt zu jemandem, der so schreibt, dass man ihn nicht versteht. Eine Wissenschaft, die Politik beraten will, muss darauf achten, dass sie verständlich ist.

Wie können Politiker zwischen seriöser und unseriöser Beratung unterscheiden?

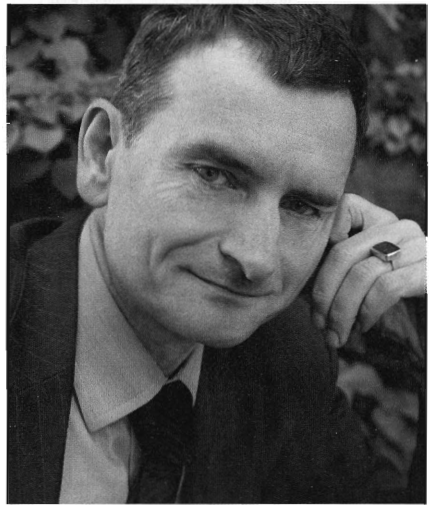
Letztlich wie jeder Marktteilnehmer auch. Sie können es mit einem Supermarkt vergleichen. Wenn Sie dort etwas gekauft und festgestellt haben, dass es nicht das geleistet hat, was auf dem Etikett steht, dann gehen Sie am Ende doch zum Markenprodukt zurück. Einzelne Institute können aber kein Monopol auf Beratung haben. Das würde dem ganzen System von Wissenschaft, wissenschaftlicher Freiheit und wissenschaftlicher Konkurrenz widersprechen. Wir müssen uns auf dem Markt durch Qualität und Seriosität beweisen.

Die Öffentlichkeit verbindet Politikberatung oft mit Treffen in Hinterzimmern. Wie lässt sich die Beratung von verdeckter Einflussnahme durch Interessensvertreter trennen?

Es gibt den Lobbyisten, der sicherlich am ehesten mit dieser Hinterzimmerpolitik verbunden wird. Und es gibt Lobbyismus, der sich als neutrale und objektive Politikberatung zu verkaufen versucht. Die Trennung, die wir machen können, ist die zwischen advokatorischer Politikberatung und einer dem Anspruch nach unabhängigen wissenschaftlichen Politikberatung. Für die SWP spielt die advokatorische Beratung keine Rolle. Wir setzen uns als Bürger für das ein oder andere politische Thema ein, aber wir machen uns nicht zum Sprachrohr einer bestimmten Politik auf dem pluralistischen Markt der Meinung.

Verändert sich Ihre Arbeit im Wahljahr 2009?

Die Entwicklungen im Ausland nehmen keine Rücksicht auf Wahlen in Deutschland. Das heißt, wir müssen auch hier auf internationale Ereignisse in der Außen- und Sicherheitspolitik reagieren. Wir wissen aber, dass in den Zeiten des Wahlkampfes das Interesse an hintergründiger Beratung abnimmt, und dass die Außenpolitik zum Spielball parteipolitischer Schauläufe werden kann. Und dabei kann auch passieren, dass das ein oder andere SWP-Papier in politischen Auseinandersetzungen benutzt wird. Trotzdem bieten wir unsere Beratung genauso an wie sonst auch.



Was bedeutet eine neue Bundesregierung konkret für die SWP?

Wenn ein Bundestag frisch gewählt und eine Bundesregierung neu zusammengesetzt ist, nehmen der Beratungsbedarf und die Beratungsbereitschaft der Politiker wieder zu. Das hat nicht nur etwas damit zu tun, dass neue Leute in Ämter kommen und sich erst einmal orientieren müssen. Es ist auch so, dass man vier Jahre Gestaltungsspielraum hat und es im Interesse der Politik ist, zu überlegen, was sie mittelfristig erreichen kann.

Wie schneidet die deutsche Beraterlandschaft im Vergleich mit der im Ausland ab?

Das lässt sich ein wenig mit dem gesamten Ruf Deutschlands vergleichen. Die deutschen Berater gelten nicht als besonders kreativ, wohl aber als seriös. Manch ausländische Beratungsinstitutionen produziert unter Umständen jeden Tag eine neue Idee. Gleichzeitig schaut man aber nach Deutschland, wenn es darum geht, ob die Dinge auch durchdacht sind. Ein anderer Unterschied hängt mit der Struktur des politischen Systems zusammen. In bestimmten Think Tanks in den USA lässt sich eine Art Schattenkabinett finden. Das sind die Experten, die gerade die Regierung verlassen haben, weil eine andere Partei das Ruder übernommen hat. Sie harren dann in den Think Tanks aus, bis ihre Stunde wieder gekommen ist. So etwas gibt es in Deutschland überhaupt nicht.

Sie plädieren dafür, diese Grenzen aufzuweichen?

Mehr Flexibilität wäre wünschenswert. Wir versuchen das etwa dadurch zu ermöglichen, dass wir Beamte aus den Ministerien oder auch Vertreter aus der Wirtschaft, zeitweise als Mitarbeiter bei uns haben. Oder dass Kollegen von uns für kürzere Phasen, meistens drei oder vier Monate, in Ministerien mitarbeiten.